

SOLOTHURNER FREISINN

Wir machen Solothurn stark!

Weckruf

Der Solothurner Freisinn hat emotionale Tage erlebt. Wir haben uns alle sehr über die glanzvolle Wahl von Simon Michel in den Nationalrat gefreut. Stefan Nünlist. **Seite 1 und 3**

Nationalratswahlen 2023

Ein Wechselbad der Gefühle und Emotionen aus Sicht einer Kandidatin. Die Würfel sind gefallen. **Seite 4 und 5**

Rückblick auf die Legislatur 2019–2023

In der abgelaufenen Legislatur war das Parlament mit verschiedenen Krisen konfrontiert. Trotz der herausfordernden Umstände erreichte die FDP-Liberale Fraktion verschiedene Erfolge in der Wirtschaftspolitik, in der Energiepolitik, in der Sicherheitspolitik und in der Altersvorsorge. **Seite 8 und 9**

Acht Neue stellen sich vor

In der neuen Legislatur umfasst die FDP-Liberale Fraktion acht neue Mitglieder. Im «Freisinn» erzählen sie, wie sie den Wahlkampf erlebt haben, was sie in Bundesbern bewegen wollen und wie sie sich auf ihr neues Amt vorbereiten. **Seite 12, 13 und 14**

Handlungsbedarf in der Altersvorsorge

Die Sicherung der Altersvorsorge für künftige Generationen gehört zu den grössten Herausforderungen in der Politik. Nächstes Jahr stehen hierzu wichtige Weichenstellungen an. Zuerst geht es um die Sicherung der AHV mittels der Renteninitiative, später steht mit der BVG-Reform die zweite Säule im Fokus. **Seite 18 und 19**

v. l.: Parteipräsident Stefan Nünlist, Regierungsrat Remo Ankli, gewählter Nationalrat Simon Michel, Vizepräsidentin Sabrina Weisskopf, Vizepräsident Christian Thalmann.



Weckruf

Der Solothurner Freisinn hat emotionale Tage erlebt. Wir haben uns alle sehr über die glanzvolle Wahl von Simon Michel in den Nationalrat gefreut. Mit Simon Michel tritt ein äusserst würdiger Nachfolger in die grossen Fussstapfen von Kurt Fluri.

Getrübt wird unsere Freude durch einen Verlust von Wähleranteilen und das enttäuschende Ergebnis bei den Ständeratswahlen. Da hilft kein Schönreden. Wir haben als Freisinn verloren. Und dies trotz engagiertem Wahlkampf, zwei starken Nationalratslisten, attraktivem Jungfreisinn und einem überzeugenden Ständeratskandidaten. Wir werden

in den kommenden Wochen dieses Ergebnis im Detail analysieren und die notwendigen Schlüsse daraus ziehen. Der 22. Oktober 2023 muss für uns alle ein Weckruf sein. Denn nach den Wahlen ist vor den Regierungs- und Kantonsratswahlen 2025. Am Dienstag nach den Wahlen haben unsere De-

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–7 Solothurner Freisinn

- 8/9 Die neue FDP-Liberale Fraktion

- 10/11 Rückblick auf die Legislatur 2019–2023

- 12–14 Acht neue Fraktionsmitglieder stellen sich vor

- 15 Spannendes Online-Game für 5G

- 16/17 Neun Fraktionsmitglieder sagen Adieu

- 18/19 Altersvorsorge vor grossen Herausforderungen

- 20 Exportwirtschaft braucht gute Rahmenbedingungen

- 21 Teure linke Lösungen im Gesundheitswesen

- 22 Ausblick auf die Wintersession

- 23 Vermischtes/Kolumne



Wohlstand tagtäglich erarbeiten

FDP kämpft weiter

Liebe Freisinnige

Ein intensiver Wahlkampf liegt hinter uns. Den Gewählten gratuliere ich herzlich. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit. Allen Engagierten danke ich von Herzen. Für den Ständerat besteht im Hinblick auf die zweiten Wahlgänge noch die Aussicht, die Sitzzahl zu halten. In der kommenden Legislatur stehen richtungsweisende Entscheide an, sei es bei der Altersvorsorge, dem Gesundheitswesen, der Stromversorgung oder der Wirtschaftspolitik und internationalen Vernetzung unseres Landes. Mit den Wahlen wurden die bürgerlichen Kräfte gestärkt, das ist für die Zukunft unseres Landes zentral.

Schweizer Bevölkerung will weiterhin eine bürgerliche Politik

Aber: Wir müssen Verluste im Wähleranteil (–0,7 Prozent) sowie an Sitzen im Nationalrat (–1 Sitz) hinnehmen. Auch wenn die FDP weniger verloren hat, als es die Umfrageergebnisse erwarten liessen, und (trotz Rechenschwierigkeiten des Bundesamts) wir noch immer an dritter Stelle liegen, so kann uns das Wahlergebnis selbstverständlich in keiner Weise zufriedenstellen. Wir haben es nicht geschafft, den Bürgerinnen und Bürgern bewusst zu machen, weshalb unsere liberale Politik für sie selber und für unser Land notwendig ist. Die Analyse der Wahlergebnisse werden wir in Kürze starten. Aus den gewonnenen Erkenntnissen werden wir gezielte Massnahmen in die Wege leiten, um die FDP wieder auf den Erfolgsweg zu bringen.

Anpacken und die Schweiz stark machen

Der Wohlstand für die Menschen in der Schweiz fällt nicht vom Himmel, sondern muss tagtäglich erarbeitet werden. Dafür kämpfen wir weiter! Wir

kämpfen für eine starke und innovative Wirtschaft, für gesicherte Sozialwerke sowie Sicherheit und Versorgungssicherheit für alle. Wir gehen die Herausforderungen unserer Zeit mit Mut und Zuversicht an, um die Zukunft aktiv zu gestalten. Die Krisen der letzten Jahre zwingen uns zu mehr Realitätssinn; sie haben gezeigt, dass Freiheit, Gemeinsinn und Wohlstand keine Selbstverständlichkeit sind.

FDP erwartet von Mitte und SVP konstruktive Mitarbeit

Angesichts der grossen Herausforderungen erwarte ich von der Mitte und der SVP mehr konstruktive Mitarbeit zugunsten tragfähiger Lösungen. So stimmen wir schon bald über die Zukunft der AHV ab. Einerseits wollen die SP und die Grünen mit der Initiative für eine 13. AHV-Rente das System in unverantwortlicher Weise ausbauen. Diese Forderung ist schlicht nicht finanzierbar, das wichtigste Sozialwerk würde an die Wand gefahren. Auf der anderen Seite übernimmt die FDP zusammen mit den Jungfreisinnigen Verantwortung und schlägt mit der Renteninitiative eine pragmatische Lösung für eine Sicherung der AHV vor. Sowohl die Mitte wie auch die SVP verkennen die Realität und verweigern sich der nachhaltigen Lösung. Lasst uns gemeinsam kämpfen für unsere Initiative und für gesicherte Renten auch für künftige Generationen!

Ihr Thierry Burkart

Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Fortsetzung von Seite 1

legierten von Remo Ankli Verzicht auf seine Kandidatur für den zweiten Wahlgang bei den Ständeratswahlen Kenntnis nehmen müssen. Remo Ankli's Entscheidung ist bedauernd, aber politisch und menschlich nachvollziehbar. Nachdem wir über keinen eigenen Kandidaten mehr verfügt hatten, beschlossen Vorstand und Delegierte, Christian Imark von der SVP zur Wahl zu empfehlen. Die DV war klar der Meinung, dass Stimmfreigabe für die FDP keine Option sei und dass zwischen SP-Nationalrätin Franziska Roth und dem SVP-Nationalrat Christian Imark zu entscheiden sei. Bei allen Vorbehalten gegenüber der SVP – daran hat sich nichts geändert – ist die Schnittmenge des Freisinns mit dem Kandidaten der SVP in den zentralen Themen Wirtschaft, Finanzpolitik und Sicherheitspolitik erheblich grösser als diejenige mit der SP-Vertreterin.

Der klare DV-Beschluss hat für Zustimmung und heftige Kritik gesorgt. Unser Verhältnis zur SVP polarisiert und ist schwierig. Für viele von uns sind Stil und gewisse Anliegen der SVP nicht akzeptabel. Exponenten der SVP und der FDP haben sich immer wieder heftigst bekämpft. Das hat Wunden hinterlassen. Dessen sind wir uns bewusst. Und trotzdem sollten wir Freisinnige uns bemühen, das Verhältnis zur SVP und auch zu allen anderen Parteien zu entkrampfen und auf eine rationalere Basis zu stellen. Die Parteienlandschaft hat sich in den letzten 30 Jahren grundlegend verändert. Unser oft noch vom Kulturkampf geprägtes Denken wird nur noch von wenigen verstanden. Mit unserem historisch eher auf Alleingang und Abgrenzung ausgerichteten Verhalten – wir waren ja mal die Partei mit der absoluten Mehrheit – ha-



Remo Ankli an der DV in Breitenbach.

ben wir je länger, je mehr Mühe, Mehrheiten für unsere berechtigten Anliegen und unsere hervorragenden Köpfe zu finden. Unser Verhalten wird von den übrigen Parteien als überheblich und unkooperativ wahrgenommen und von den Medien entsprechend kommentiert. Aufgrund unserer fehlenden Dialogbereitschaft verlieren wir im Kantonsrat immer wieder Richterwahlen und Sachabstimmungen, während der rot-grüne Block bestens funktioniert. Das war das Grundanliegen der Debatte an unserer DV am 24. Oktober in Breitenbach. Der Entscheid, Christian Imark zu unterstützen, ist ein Entscheid zu einem dialogbereiteren Freisinn und keine Unterwerfung oder gar eine Degradierung zum Juniorpartner, wie das böse kolportiert wurde.

Die Schwäche des Freisinns ist, dass wir oft als unklar, schwammig und mit wenig Profil wahrgenommen werden. Ein Freisinn, der mehr für den



Parteipräsident Stefan Nünlist.

Dialog bereit ist, bedeutet nun sicher nicht, von unseren liberalen Überzeugungen abzurücken. Ganz im Gegenteil! Selbstverantwortung und Freiheit, gepaart mit Fortschritt und Gemeinsinn, sind wieder in den Fokus unserer politischen Arbeit und Kommunikation zu stellen. Wir dürfen und müssen anecken, die Anliegen der leistungsbereiten Bürgerinnen und Bürger mit Nachdruck vertreten und die Tätigkeiten des Staates immer wieder kritisch auf ihre Notwendigkeit hin hinterfragen.

In dem Sinne haben Parteileitung, Vorstand und ich als Präsident den Weckruf gehört und nehmen ihn sehr ernst. Zusammen mit unseren beiden Regierungsräten, der Kantonsratsfraktion und den Ortsparteien fokussieren wir unsere politische Arbeit und bereiten die Wahlen 2025 vor. Herzlichen Dank für eure geschätzte Unterstützung!

Stefan Nünlist, Parteipräsident



Delegiertenversammlung in Breitenbach.

Johanna Bartholdi beim Verfolgen der Wahlergebnisse. Fotos: Michel Lüthy, bilderwerft.ch



Sabrina Weisskopf und Johanna Bartholdi am Wahlsonntag.

Ein Wechselbad der Gefühle und Emotionen aus Sicht einer Kandidatin

Nationalratswahlen 2023

Am 12. Oktober 2023 erreichte mich ein unerwarteter Anruf. CH Media äusserte den Wunsch, mich am Sonntag, 22. Oktober 2023, den ganzen Tag zu begleiten. Zum ersten Mal in dieser Zeit des Wahlkampfes wurde ich aufgeregt.

Meinen Wahlkampf hatte ich bis anhin eher unterschwellig geführt. Ein paar kurze Videos mit Spassfaktor, Beiträge in den sozialen Medien und gemeinsame Inserate mit meinem Mitkandidaten Christian Thalmann und einen Versand als Trio mit Remo Ankli und Christian Thalmann waren meine Strategie. Auftritte habe ich nicht aktiv gesucht.

Am Sonntagmorgen, nach einem absolut ruhigen Schlaf, stieg in mir langsam eine gewisse Unruhe auf. Diese versuchte ich mit Atemübungen und mit dem Verfolgen eines Gottesdienstes im Fernsehen zu bekämpfen, dies aber mit wenig Erfolg. Punkt 12 Uhr begab ich mich mit erhöhtem Puls an den PC, um die ersten Resultate auf der zu dieser Zeit noch funktionierenden Website des Kantons einzusehen. Auf 13 Uhr hatte sich der Journalist Maximilian Jacobi angemeldet, jedoch bereits um 12.30 Uhr läutete der Fotograf Bruno Kissling. Er platzierte mich vor dem Fernseher, und wir schauten gemeinsam Tele M1. Die erste Nachricht, «vorläufig wäre von der FDP Johanna Bartholdi gewählt», brachte mein Blut in Wallung, und ich fühlte mich schlecht.

In der Zwischenzeit war auch Maximilian Jacobi eingetroffen, und wir plauderten über mein politisches und privates Leben, dies immer wieder unterbrochen durch Konsultation der eintreffenden Resultate. Kurz vor 14 Uhr kam dann für mich die erlösende Nachricht, Markus Spielmann auf der Liste Ost führte nun.

Ganz entspannt und gut gelaunt machten wir uns auf den Weg nach Solothurn. Kaum waren wir im Restaurant Oskar & Luise angekommen, gratulierte ich Markus Spielmann, der mich jedoch darauf hinwies, dass wiederum ich auf der Liste Ost führte. Es war wie ein Schlag unter die Gürtellinie, und ich fühlte ein unangenehmes Drehen im Bauch. Nicht gerade förderlich in dieser Situation waren die ernsten Blicke aller bezüglich der eintreffenden Resultate zu den Ständeratswahlen.

Langsam entspannter wurde ich, als mich auf der Liste Ost Markus Spielmann und Daniel Probst überholten. Nach wie vor ausstehend waren jedoch die Resultate der Stadt Solothurn. Jedem war es klar, dass nun die Liste Ost, die bis anhin geführt hatte, wohl klar von der Liste West überholt wer-

den würde. Und endlich, endlich lagen auch die Resultate der Stadt Solothurn vor. Ein Grund zum Jubeln: Simon Michel führte die Liste West mit einem Glanzresultat an, und er war gewählt.

Es kam ein bisschen Feststimmung auf. Alle drängten sich um Simon Michel, um ihm zu gratulieren. Auch ich reihte mich ein und wünschte ihm, sogar mit einem Küsschen, alles Gute. Da schaute mich Simon Michel an und sagte mir: «Du hast mich recht ins Schwitzen gebracht!» Spontan erwiderte ich ihm, dass es kein schöneres Kompliment für eine Frau in meinem Alter gebe, dass ich noch Männer ins Schwitzen bringen könne.

Für mich als Fazit von diesem emotionalen Tag: Mein Bauchgefühl signalisierte mir sehr klar, dass ich bei einer allfälligen Wahl die falsche Kandidatin gewesen wäre. Ich bin glücklich über das erzielte gute Resultat und kann mich nun unbeschwert den bisherigen politischen Arbeiten für Kanton, Gemeinde und Partei widmen. Auch wäre es schwierig gewesen, den Stimmberechtigten zu erklären, warum ein Kandidat wie Simon Michel mit einem absoluten Glanzresultat nicht in den Nationalrat gewählt worden wäre.

Johanna Bartholdi, Kantonsrätin

Thomas Fürst und Franziska Hochstrasser analysieren die eingehenden Wahlergebnisse.



Fotos: Michel Lüthi, Bilderwerft.ch
v. l.: Martin Rufer, Manuela Misteli und Daniel Probst in der Wahlzentrale der FDP.



Monika Vollmer Michel und Simon Michel.



Markus Spielmann hält sich auf dem Laufenden.

Die Würfel sind gefallen

Nationalratswahlen 2023

Die FDP. Die Liberalen Kanton Solothurn haben einen neuen Nationalrat.

Die FDP. Die Liberalen sind mit zwei Listen zu den Nationalratswahlen angetreten. Während die Liste 1 (West) 43 146 Stimmen holte, erzielte die Liste 2 (Ost) 40 748 Stimmen. Bis am Schluss blieb es am Wahlsonntag äusserst spannend. Johanna Bartholdi, Markus Spielmann und Daniel Probst lieferten sich auf Liste 2 ein Kopf-an-Kopf-Rennen, während sich Simon Michel von Anfang an als Favorit auf der Liste 1 etablierte. Er holte sich schlussendlich mit 12 221 Stimmen den frei gewordenen Nationalratssitz und löst damit Kurt Fluri ab.

Die Jungfreisinnigen holten mit ihren zwei Listen zusätzlich beachtenswerte 4736 Stimmen.

Wir haben einen engagierten und innovativen Wahlkampf geführt und bedanken uns für den grossen Einsatz unserer 12 Kandidierenden, Parteimitglieder, der Jungfreisinnigen und der zahlreichen Helferinnen und Helfer.

Die Wahlen haben gezeigt, dass die Bevölkerung eine bürgerliche Politik will. Mitte und SVP sind nun aufgefordert, konstruktiv an bürgerlichen Lösungen mitzuarbeiten.

Entscheid 2. Wahlgang Ständeratswahlen

Wie erwartet wurde im ersten Wahlgang nur der bisherige Ständerat, Pirmin Bischof, gewählt. Remo Ankli war auf dem 4. Rang. Die kantonalen Delegierten haben am 24. Oktober 2023 in Breitenbach den Entscheid von Remo Ankli entgegengenommen, dass er sich für einen 2. Wahlgang nicht zur Verfügung stellt. Sie entschieden daher, dass die FDP für den 2. Wahlgang nicht antreten wird.

Remo Ankli hat einen intensiven Wahlkampf geführt, und für sein Engagement bedanken wir uns herzlich. Dass das Wahlergebnis für einen staatsmännischen, bestens qualifizierten und liberalen Kandidaten nicht besser ausgefallen ist, wird sehr bedauert.

Die FDP dankt allen Wählerinnen und Wählern für ihre Stimmen. Dem neu gewählten Nationalrat Simon Michel gratulieren wir herzlich zur Wahl und wünschen ihm viel Freude und Erfolg in seiner ersten Legislatur.

Franziska Hochstrasser, Parteisekretärin

Wahlergebnisse Liste West

Markus Dietschi	6064
Franziska Hochstrasser	3971
Barbara Leibundgut	5140
Simon Michel	12 221
Manuela Misteli-Sieber	5744
Martin Rufer	8127

Wahlergebnisse Liste Ost

Johanna Bartholdi	7318
Thomas Fürst	7147
Adriana Marti-Gubler	4618
Daniel Probst	7326
Markus Spielmann	7371
Christian Thalmann	5329

Beim Filmdreh für die NR-Wahlen.



Wir blicken zurück auf einen spannenden Nationalratswahlkampf. Gestartet waren wir Anfang Februar. Um 6 Uhr morgens trafen wir uns in Solothurn, um unsere beiden Nationalratslisten einzugeben.

Der Aufwand hat sich ausgezahlt, wir konnten nach unserer Mutterpartei die Listen 3 und 4 ergattern.

Weiter ging's Ende April, wo wir an einem Content Day alle Foto- und Videoaufnahmen für den Wahlkampf erstellten. Wir setzten von Beginn an auf eine starke Online-Kampagne, um die jungen Wählerinnen und Wähler aus dem Kanton Solothurn abzuholen. Mit Vorstellungsvideos und The-

menvideos – gemeinsam mit der Jungen SVP Kanton Solothurn – konnten wir über 50000 Personen erreichen. Zudem haben wir Wahlvideos in der Muttersprache unserer Kandidierenden wie z. B. Türkisch erstellt und konnten so neue Wählergruppen abholen.

Neben der Online-Kampagne veranstalteten wir diverse Wahlkampfaktionen zum Thema Cannabis-Legalisierung und für die Sicherung unserer



Werbematerial der Jungfreisinnigen.



Beim Filmdreh.

Altersvorsorge. Zudem konnten wir an der HESO und an diversen Podien an Schulen unsere Kernthemen präsentieren.

Wir freuen uns sehr, dass wir fast 1% Wähleranteil in Solothurn erreichen konnten. Herzlichen Dank an unsere 12 Kandidierenden für den super Einsatz – wir bleiben dran und setzen uns weiterhin ein für weniger Staat und mehr Freiheit.

Des Weiteren freuen wir uns sehr über die Wahl unseres neuen Nationalrats Simon Michel. Wir sind der Überzeugung, dass er mit seinen Erfahrungen als CEO eines internationalen Unternehmens viel in Bern bewirken kann. Zudem danken wir Remo Ankli für seinen engagierten Wahlkampf. Seine starke persönliche Entscheidung betreffend den 2. Wahlgang können wir nachvollziehen.

Nun gilt es, im 2. Wahlgang alles daranzusetzen, dass der Kanton Solothurn mit Christian Imark einen bürgerlichen Ständerat erhält. Wir möchten in Zukunft in einem Land leben, welches nicht in Regulierungen und Gesetzen ertrinkt, sondern möglichst viel Freiheit für die Individuen ermöglicht. Zudem stehen wichtige Themen an, wie z. B. die Altersvorsorge, die Energieversorgung, die Mobilität und eine kontrollierte Zuwanderung. Es ist wichtig, dass wir Bürgerlichen zusammenstehen und uns für eine starke Schweiz einsetzen.

Am Freitag, 8. Dezember, treffen wir uns zu unserem alljährlichen Weihnachtsessen in Solothurn, stossen auf die Wahlen an und stärken uns für das nächste Jahr. Alle weiteren Infos folgen auf unseren Social-Media-Kanälen. Neumitglieder sind herzlich willkommen!

Der nächste wichtige Termin für uns ist der 3. März, an dem wir über unsere Renteninitiative abstimmen werden. Wir starten nach den Wahlen bereits mit Vollgas in den Abstimmungskampf und freuen uns auf eine möglichst breite Unterstützung. Alle Informationen sind unter renten-sichern.ch zu finden. Setzen wir uns gemeinsam für eine nachhaltige Altersvorsorge ein!

Melanie Racine, Präsidentin Jungfreisinnige Kanton Solothurn

Von der höheren zur niederen politischen Arithmetik

Kolumne

Er war ein sehr netter Kollege und einer der einflussreichsten Politiker seiner Zeit: Martin Rosenberg, Generalsekretär der Katholisch-Konservativen (der späteren CVP) und Bundeshausredaktor des konservativen Zentralblatts «Vaterland». Er ist der Architekt der «Zauberformel», bei deren Schaffung er sich der höheren politischen Arithmetik bediente, wonach weniger auch mehr sein kann. Von 1953 bis 1959 setzte sich der Bundesrat aus je drei Vertretern der FDP und CVP und einem Mitglied der BGBB zusammen. Rosenberg wusste, dass er mit nur noch zwei Bundesräten, wenn er der FDP ein Mandat wegnehmen konnte, um den Sozialdemokraten zu zwei Sitzen in der Landesregierung zu verhelfen, mehr erreichen konnte. Mit der «Zauberformel» paktierte die CVP im Bundesrat einmal mit der FDP, einmal mit der SP und reduzierte damit den Einfluss des SVP-Vertreters, der als reformierter Berner eher den Freisinnigen als den Katholisch-Konservativen zustimmte. Das war denn auch der Beginn der Einmal-so-einmal-so-Politik der CVP, welche die Mitte telquel übernommen hat.

Erst nach über 40 Jahren endete mit der Abwahl von Bundesrätin Ruth Metzler und dem Einzug von Christoph Blocher in die Landesregierung diese «Zauberformel». Von da verbreitete sich immer mehr das Narrativ, die «Zauberformel» heisse, die drei wählerstärksten Parteien hätten Anspruch auf zwei Sitze im Bundesrat. Nach den Wahlen im vergangenen Oktober wurde diese Theorie ad absurdum geführt, indem nur eine geringfügige prozentuale Verschiebung der Wähleranteile, die – oh wie peinlich – erst noch nachträglich korrigiert werden musste, bereits die politische Zusammensetzung des Bundesrates verändern müsse. Völlig in die Niederungen der politischen Arithmetik sind schliesslich die Grünen abgestiegen, die trotz ihrer Wahlniederlage an ihrem Anspruch auf einen Bundesratssitz festhalten, denn ohne sie seien viele Wählerinnen und Wähler im Bundesrat nicht vertreten. «Das Klima gehört in den Bundesrat», sagt Glättli. Fragt sich nur, ob damit das Klima im Bundesrat besser würde.

In keinem demokratisch regierten Land wird die Zusammensetzung der Regierung mit dem Ta-



schenrechner eruiert. In der Regel ist es die wählerstärkste Partei, die mit der Regierungsbildung beauftragt wird. Das ist zwar in Deutschland die CDU, die aber derzeit nicht an der Regierung beteiligt ist. Anstatt ständig die alte Litanei von einer Übervertretung einer Partei zu singen, sollten wir uns vielmehr auf die Frage konzentrieren: Wie wollen wir regiert werden? In einer schwierigen Zeit stellt sich zudem die Frage: Können die Grünen überhaupt regieren? Jedenfalls liefern dazu die Städte Zürich und Bern oder der deutsche Wirtschaftsminister keine Vorzeigeschilder. Und auch an der Amtsfähigkeit der grünen Solothurner Regierungsrätin sind Zweifel angebracht.

Allerdings sind nach den Wahlen auch die Freisinnigen nicht in der besten Verfassung. Da gibt es nichts schönzureden. Wir dürfen uns auch nicht ständig hinter einer angeblichen «Analyse» verschanzen. Es ist Zeit, anzupacken, es besser zu machen. Das beginnt bei den Ortsparteien, bei denen der Pizzaabend oder das Stammtischgespräch nicht genügen, wenn man sich nicht gleichzeitig hörbar in der Dorfpolitik zu Wort meldet. Oder auf Kantonebene sollte man das Aufdecken von Missständen nicht ständig der SVP überlassen, um nur zwei Beispiele zu nennen. Zeit bleibt nicht viel. Bereits in zwei Jahren sind wieder Wahlen. Da muss der Freisinn zeigen, dass er endlich aus seinem Formtief herauskommt. Das schuldet er vor allem auch den immer noch liberal Gesinnten.

Urs Marti, Langendorf

«Anstatt ständig die alte Litanei von einer Übervertretung einer Partei zu singen, sollten wir uns vielmehr auf die Frage konzentrieren: Wie wollen wir regiert werden?»

Wechsel im Nationalrat

Am 4. Dezember 2023:

Simon Michel (neu) für Kurt Fluri

AGENDA

Donnerstag, 14. Dezember

18 Uhr: Parteivorstandssitzung, Gasthof von Arx, Egerkingen

Termine 2024

1. Februar:

Kantonale Delegiertenversammlung

23. April:

Kantonale Delegiertenversammlung

14. August:

Kantonale Delegiertenversammlung

23. Oktober:

Kantonale Delegiertenversammlung

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter:

www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/

Nationalrat



Damien Cottier, NE



Cyril Aellen, GE



Bettina Balmer, ZH



Simone de Montmolin, GE



Jacqueline de Quattro, VD



Marcel Dobler, SG



Alex Farinelli, TI



Olivier Feller, VD



Anna Giacometti, GR



Simone Gianini, TI



Nadine Gobet, FR



Matthias Jauslin, AG



Simon Michel, SO



Philippe Nantermod, VS



Hans-Peter Portmann, ZH



Maja Riniker, AG



Daniel Ruch, VD



Regine Sauter, ZH



Peter Schilliger, LU



Daniela Schneeberger, BL



Andri Silberschmidt, ZH



Heinz Theiler, SZ



Kristiane Vietze, TG



Susanne Vincenz-Stauffacher, SG



Patricia von Falkenstein, LDP BS



Beat Walti, ZH



Christian Wasserfallen, BE



Laurent Wehrli, VD

Bereit für die neue Legislatur

Übersicht der neuen FDP-Liberalen Fraktion

Am 4. Dezember beginnt die neue Legislatur. In der Altersvorsorge, in der Finanzpolitik und in der Energiepolitik warten grosse Herausforderungen auf das Parlament. Die erneuerte FDP-Liberale Fraktion ist bereit, diese Herausforderungen anzugehen und liberalen Lösungen zum Erfolg zu verhelfen.

Ständerat



Thierry Burkart, AG



Pascal Broulis, VD



Andrea Caroni, AR



Josef Dittli, UR



Johanna Gapany, FR



Petra Gössi, SZ



Matthias Michel, ZG



Benjamin Mühlemann, GL



Damian Müller, LU



Martin Schmid, GR



Hans Wicki, NW

Die FDP-Liberale Fraktion konnte im Nationalrat verschiedene Erfolge feiern. Fotos: Parlamentsdienste



Trotz Krisen machen wir die Schweiz stark

FDP-Legislaturbilanz 2019–2023

Die vergangene Legislatur war durch verschiedene Krisen geprägt: die Covidpandemie, der Ukraine-Krieg, der Untergang der Credit Suisse. Trotz dieser turbulenten Zeiten gelangen der FDP-Liberalen Fraktion verschiedene Erfolge.

Wirtschaft

Aufhebung der Industriezölle

Ein zentraler Erfolg gelang in der Herbstsession 2021 mit der Aufhebung der Industriezölle und der Vereinfachung der Zolltarifstruktur. Zur grossen Freude der FDP und des Wirtschaftsstandorts Schweiz wurde in der Beratung auf eine Staffelung der Abschaffung verzichtet. Die beschlossene komplette Aufhebung der Industriezölle entlastet den Arbeitsplatz und wird die Kosten für Konsumenten und für Branchen, welche auf Importe solcher Produkte angewiesen sind, senken. Nicht nur Zollkosten, sondern auch administrative Kosten fallen weg. Gerade in Zeiten der Coronakrise war die Aufhebung der Industriezölle ein einfaches und unbürokratisches Mittel, um die Wirtschaft zu stärken. Das hartnäckige Engagement der FDP bei dieser Vorlage zahlte sich aus, und eine langjährige Forderung der FDP konnte erfüllt werden (ein Referendum wurde nicht ergriffen).

Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital

Bereits 2009 hat die FDP-Liberale Fraktion eine

parlamentarische Initiative eingereicht, welche die schrittweise Abschaffung der wettbewerbsverzerrenden Stempelsteuern forderte. Nachdem die Vorlage in mehrere Entwürfe aufgeteilt worden war, beschloss der Ständerat die Sistierung der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital. Nach rund sieben Jahren Sistierung und im Lichte der Coronakrise wurden die Arbeiten zur Abschaffung der Emissionsabgabe wieder aufgenommen. Die definitive Abschaffung in der Sommersession 2021 konnte in beiden Räten mit einer deutlichen Mehrheit erreicht werden, was als grossen Erfolg für die FDP zu werten ist. Die nachfolgende Volksabstimmung im Februar 2022 ging bedauerlicherweise verloren.

Abschaffung der Verrechnungssteuer

In der Wintersession 2021 konnte auch mit der längst überfälligen Reform der Verrechnungssteuer ein Erfolg verbucht werden. Sie geht auf eine langjährige Forderung der FDP zurück, die zum Ziel hat, die Wettbewerbsnachteile, welche sich die Schweiz mit dem aktuellen Verrechnungssteuersystem selbst schafft, zu beseitigen. Konkret

soll mit der Reform die Verrechnungssteuer auf inländischen Zinserträgen weitgehend abgeschafft und die Umsatzabgabe auf Schweizer Obligationen aufgehoben werden. Damit soll es beispielsweise attraktiver werden, in der Schweiz Obligationen zu emittieren. Da die Abstimmung leider knapp verloren ging, braucht es andere Massnahmen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu stärken.

Umsetzung der OECD-Mindeststeuer

In der Wintersession 2022 haben die beiden Räte in der Schlussabstimmung die Vorlage zur Umsetzung der OECD-Mindeststeuer verabschiedet. Die Nein-Stimmen im Nationalrat kamen dabei von den Ratslinken (im Ständerat kam die Vorlage fast einstimmig durch). Obschon die Linke stets für eine höhere Besteuerung von Grossunternehmen plädiert, empfanden sie die Vorlage als ungerecht und stiessen sich insbesondere am Verteilerschlüssel der Ergänzungssteuereinnahmen zwischen Bund und Kantonen von 25:75. Am 18. Juni 2023 stimmte das Volk in einer Volksabstimmung dem Projekt zu (78,5% Ja).

Sozialversicherungen/Gesellschaft

AHV 21

Nach vielen gescheiterten Versuchen und Reformen haben die Schweizerinnen und Schweizer am 25. September 2022 eine Reform der AHV angenommen. Die FDP spielte mit ihren konstruktiven Vorschlägen und ihrer Kompromissbereitschaft eine Schlüsselrolle in diesem Dossier und übernahm den Lead im Abstimmungskampf. Dank der AHV 21 erhält die AHV ein paar Jahre Zeit, doch eine nächste Reform ist unumgänglich. Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen bietet eine Lösung für nachhaltige finanzielle Stabilität der ersten Säule.

BVG-Reform

In der Frühlingssession 2023 hat das Parlament eine Reform der zweiten Säule (BVG) verabschiedet und diese dabei umfassend modernisiert. Die FDP hatte bereits während der Debatte über die Reform AHV 21 angekündigt, dass sie sich für eine BVG-Reform zugunsten der Frauen und der Geringverdiener einsetzen werde. Dieses Versprechen wurde nun eingelöst. Beide Kammern haben sich mit der Senkung der Eintrittsschwelle darauf geeinigt, künftig deutlich mehr Menschen einen Zugang zur zweiten Säule zu ermöglichen. All diejenigen, die bis anhin nicht versichert waren, werden nicht nur von besseren

Renten profitieren, sondern auch im Todesfall oder bei Invalidität abgesichert sein.

FDP gibt Impulse für ein digitalisiertes Gesundheitswesen

Künftig müssen Rezepte für Heilmittel grundsätzlich elektronisch ausgestellt und digital verschickt werden. Dies hat das Parlament auf Antrag unserer Nationalrätin Regine Sauter und gegen den Willen des Bundesrates beschlossen. Nebst wichtigen Effizienzgewinnen stärkt die angenommene Motion die Sicherheit der Patienten (weniger Rezeptfälschungen und Medikationsfehler). Ebenfalls angenommen wurde eine Motion unseres Nationalrats Andri Silberschmidt, welcher die Stärkung der digitalen Kompetenzen des Gesundheitspersonals gefordert hatte.

Revision Sexualstrafrecht unter Dach und Fach

Nach einem gefühlt ewig langen Kampf in den Medien und im Ratssaal konnte das Parlament die fortschrittliche Revision im Sexualstrafrecht besiegeln. Der Nationalrat konnte sich im zentralen Punkt der Vorlage auf die Kompromisslösung (Widerspruchslösung inkl. Social Freezing) einigen. Von linker Seite wurde erfolglos versucht, nochmals die Zustimmungslösung ins Spiel zu bringen. Dies zeigt wiederum auf, dass ihnen der Wahlkampf, geführt von einer Symbolpolitik, wichtiger ist als mehrheitsfähige Lösungen im Parlament.



In der letzten Legislatur fungierte der Ständerat oft als bürgerliches Korrektiv.

Energie

Energiesicherheit

Der Mantelerlass für eine sichere Stromversorgung ist eine wichtige Grundlage für die Energiezukunft der Schweiz. Hier werden die Weichen für die Energiepolitik bis ins Jahr 2050 gestellt. Der Stromverbrauch wird bis dahin massiv zunehmen, da die Elektrifizierung voranschreitet und immer weniger fossile Brennstoffe genutzt werden. Um diesen Mantelerlass zu schaffen, haben die beiden Räte beschlossen, im Energie-, im Stromversorgungs- und im Raumplanungsgesetz zahlreiche Massnahmen zu verankern. Dennoch ist die Schweiz auch mit dem Mantelerlass nicht aus dem Schneider. Das Land braucht viel mehr Strom. Um die drohende Stromlücke zu beheben, braucht die Schweiz zwingend ein Grosskraftwerk und eine Überarbeitung der Energiestrategie. Dazu hat die FDP eine Fraktionsmotion eingereicht.

CO₂-Gesetz

Die Revision des CO₂-Gesetzes hat zum Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu Netto-Null bis 2050, was die Bevölkerung 2023 mit dem Ja zum Klimagesetz bekräftigt hat. Die Vorlage des Bundesrates entstand unmittelbar nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes im Juni 2021. Deshalb verzichtet die Vorlage auf neue oder höhere Abgaben, auf Gebote und Verbote, aber auch auf den Ausbau marktwirtschaftlicher Instrumente. Erfreulicherweise hat der Ständerat dennoch einige Elemente aufgenommen, welche die FDP bereits kurz nach der Volksabstimmung gefordert hatte.

Sicherheit

Neue Kampfflugzeuge

Ganz zu Beginn der neuen Legislatur in der Wintersession 2019 fiel das Parlament eine wichtige sicherheitspolitische Entscheidung und einigte sich auf den Rahmen für den Kauf neuer Kampfflugzeuge. Der vom Parlament verabschiedete Planungsbeschluss umfasste einen Budgetrahmen von maximal 6 Milliarden Franken für die Beschaffung neuer Flugzeuge. Wie zu erwarten war, wurde auch gegen diesen Beschluss ein Referendum von links ergriffen. In einem emotional geführten Abstimmungskampf konnte im Herbst 2020 nur dank des grossen Einsatzes der FDP-Kampagne ein knappes Ja (50,1%) erzielt werden.

Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

Seit den Anschlägen von Paris im Jahr 2015 haben terroristisch motivierte Täter in Europa mehrere Dutzend Attentate verübt. Um terroristische Anschläge verhindern zu können, haben Bundesrat und Parlament mit dem Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terroris-

mus (PMT) eine neue rechtliche Grundlage geschaffen. Die FDP hat zusammen mit der damals federführenden Bundesrätin Karin Keller-Sutter in der parlamentarischen Beratung eine zentrale Rolle gespielt, um einen mehrheitsfähigen Kompromiss mit verhältnismässigen Massnahmen zu zimmern. Die Volksabstimmung im Sommer 2021 konnte dank des tatkräftigen Einsatzes der FDP und ganz im Sinne des Grundsatzes «Keine Freiheit ohne Sicherheit» mit 56,6 Prozent gewonnen werden.

Kriegsmaterialgesetz

Die Initiative der SiK-S (23.402), die auf einer Motion von Ständerat Thierry Burkart basiert, wurde von der kleinen Kammer in der zweiten Woche der Sommersession 2023 behandelt und mit 22 zu 17 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) angenommen. Die Linke und einige Ständeräte der SVP und der Mitte waren dagegen. Leider lehnte der Nationalrat in der Herbstsession mit 135 zu 48 Stimmen bei 5 Enthaltungen die Initiative ab und folgte damit dem Antrag seiner Kommission. Um es kurz zu machen: Alle Parteien ausser der FDP und der Mitte lehnten den Vorschlag ab.

Herzlich willkommen!

Acht neue Fraktionsmitglieder stellen sich vor

Wenn am 4. Dezember die neue Legislatur beginnt, treten auch acht neue Freisinnige ihr Amt in der FDP-Liberalen Fraktion an. Hier erzählen sie, worauf sie sich freuen, was sie im Parlament bewegen wollen und wie sie sich vorbereiten.



Benjamin Mühlemann, Ständerat GL

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Es war ein eher ruhiger Wahlkampf. Ich spürte grosse Unterstützung aus der Bevölkerung und habe mich gefreut, dass sich dieser Support am Wahlsonntag auch im Resultat manifestiert hat.

Wofür wollen Sie sich im Ständerat einsetzen?

Im Zentrum steht der Einsatz für die liberalen Werte. Das heisst gute Rahmenbedingungen und wenig Regulierung für Unternehmen und den Arbeitsplatz. Ebenfalls will ich mich für stabile Beziehungen zur EU einsetzen und hoffe, dass wir in dieser Legislatur Nägel mit Köpfen machen können. Als Glarner Ständerat sind mir zudem gute Infrastrukturen, namentlich Strasse und Schiene, für meinen Kanton ein wichtiges Anliegen.

Worauf freuen Sie sich?

Auf die Menschen, sei es in der FDP-Liberalen Fraktion, aber auch ausserhalb der Partei. Und ich freue mich natürlich aufs Mitgestalten.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Die Vorbereitung ist anspruchsvoll, da ich noch bis im Frühling Regierungsrat bin. Das Doppelmandat unter einen Hut zu bringen, wird nicht leicht. Ich werde mich aber so rasch wie möglich in die Dossiers einarbeiten.



Pascal Broulis, Ständerat VD

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Unser Slogan «Wir machen die Schweiz stark» hat mir gut gefallen. Leider haben uns die Themen Migration und Gesundheitspolitik nicht gerade in die Hände gespielt.

Wofür wollen Sie sich im Ständerat einsetzen?

Natürlich setze ich mich generell für unsere Werte Freiheit und Verantwortung ein. Besonders am Herzen liegen mir die Themen Sozialversicherungen, Bildung und Finanzen.

Worauf freuen Sie sich?

Meinen Kanton Waadt zu vertreten. Der Föderalismus ist eine zentrale Stärke der Schweiz.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Mit Ruhe und Entschlossenheit.



Nadine Gobet, Nationalrätin FR

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Es war eine sehr intensive Zeit, da wir unseren Wahlkampf nahe bei den Leuten geführt haben. Ich war an zahlreichen Veranstaltungen und habe mich mit der Bevölkerung ausgetauscht und den Menschen zugehört. Das war anstrengend, aber auch sehr wertvoll. Schliesslich bin ich als Nationalrätin Volksvertreterin und der Kontakt mit der Bevölkerung ist dabei ein zentrales Element.

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Ich leite einen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband, der mehr als 4000 Unternehmen vertritt, die grosse Mehrheit davon KMU mit weniger als zehn Mitarbeitenden. Ich bin also mit den Herausforderungen der KMU-Wirtschaft vertraut und setze mich für gute Rahmenbedingungen von Unternehmen ein, damit wirtschaftliche Erfolge der ganzen Bevölkerung zugutekommen.

Worauf freuen Sie sich?

Ich bin seit über 15 Jahren Grossrätin in Freiburg. Jetzt kommt eine neue Herausforderung, auf die ich mich sehr freue. Ich will meine Ideen und Werte nun auch auf Bundesebene vorantreiben.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Mit grosser Motivation, aber auch Bescheidenheit. Ich hatte bereits Kontakt mit meinem Vorgänger Jacques Bourgeois und anderen Personen, die mir Informationen über die Funktionsweise des Parlaments und der Fraktion gaben.



Simone Gianini, Nationalrat TI



Kristiane Vietze, Nationalrätin TG

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Es war intensiv und anstrengend, aber auch sehr bereichernd. Durch den intensiven Kontakt mit den Wählerinnen und Wählern erfuhr ich die Erwartungen und Befindlichkeiten direkt und versuche diese als Volksvertreter im Nationalrat verantwortungsvoll umzusetzen.

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Das Thema Nummer 1, das die Bevölkerung beschäftigt, sind die – zunehmend unhaltbaren – Krankenkassenprämien. Ausserdem habe ich mich schon lange mit Mobilitätsthemen befasst und will mich dafür einsetzen, dass unser Land ein noch besseres und leistungsfähigeres Strassen- und Schienennetz erhält.

Worauf freuen Sie sich?

Die Vereidigung am 4. Dezember wird sicher spannend, da ich den Prozess bisher nur aus dem Fernsehen kenne.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Ich habe mich bereits während des Wahlkampfes mit den wichtigsten Themen der Bundespolitik auseinandergesetzt und werde dies noch bis zum Legislaturbeginn intensivieren. Als neu gewählter Nationalrat will ich am Anfang vor allem zuhören, lernen und mich in den Kommissionen möglichst zielgerichtet einbringen.

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Wir waren unterwegs auf der Strasse, auf Märkten, auf Messen. Dabei haben wir das Gespräch mit der Bevölkerung gesucht, um zu verstehen, wo der Schuh drückt und wo ich mich engagieren kann. Auch wenn ich auf einen Erfolg gehofft hatte, war die Ausgangslage anspruchsvoll und die Wahl – wenn man das Schlussresultat anschaut – kein Selbstläufer. Insofern bin ich dankbar und erleichtert. Ich danke auch den viele Unterstützerinnen und Unterstützern für ihren Einsatz. Es war unser grossartiges Teamwork, das «Kris nach Bern» möglich gemacht hat.

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Viele Menschen sind verunsichert. International ist die Sicherheitslage kritisch und die vielen Herausforderungen in unserem Land selbst beschäftigen die Bevölkerung zu Recht. Die Polparteien präsentieren der Bevölkerung einfache Gründe für die herrschenden Probleme und suggerieren damit noch einfachere Lösungen. Beide wecken mit unterschiedlichen Vorzeichen bei ihren Wählerinnen und Wählern die Sehnsucht nach einem starken Staat, der Geborgenheit bietet. Dabei reicht ein Blick über die Grenzen oder in die Geschichte, um zu erkennen, was passiert, wenn ein übermächtiger Staat die Gesellschaft steuert. Und wahrscheinlich gibt es auch nichts Unschweizerischeres als das. Um die Fragen der Zeit zu lösen, braucht es eine verantwortungsvolle und lösungsorientierte Sachpolitik, welche die Grundlagen in unserem Land sichert – und zum Zusammenhalt beiträgt: Dabei ist eine starke Wirtschaft zentral. Diese macht uns

unabhängig und bildet die Substanz für gesellschaftliche Entwicklungen. Wir brauchen heute mehr denn je machbare und zahlbare Lösungen, die gemeinsam getragen werden. Das ist der einzige Weg, um sicherzustellen, dass unser Land eine freiheitliche, starke und selbstbestimmte Schweiz bleibt. Dazu müssen die Pole, die mit Umverteilung und Migration Daueragitation betreiben, in die realpolitische Pflicht genommen werden – auch wenn sie viel lieber als Volkstribune und Ankläger auftreten, weil das viel mehr Stimmung und Schlagzeilen macht. Ich erwarte, dass sie ihre Verantwortung übernehmen und zu gutschweizerischen Lösungen beitragen.

Worauf freuen Sie sich?

Ich bin mir der grossen Verantwortung bewusst, die ich als Thurgauer FDP-Nationalrätin trage. Ich freue mich auf engagierte Debatten und das gemeinsame Finden von Lösungen, die unser Land nach vorne bringen.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Die Wintersession startet bald, ich will gut vorbereitet sein. Deswegen setze ich inhaltlich meine Arbeit und Analysen in den verschiedenen Dossiers fort. Ebenso stehe ich im Kontakt mit der FDP-Liberalen Fraktion im Bundeshaus, um mich möglichst rasch in die Arbeit einzubinden.

Neu gewählt



Heinz Theiler, Nationalrat SZ

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Für mich war es nicht das erste Mal, dass ich auf der Hauptliste kandidierte. Aber noch nie stand der Teamgedanke so stark im Vordergrund wie in diesem Jahr. Unsere Partei hat sich kräftig in diesen Wahlkampf hineingekniert und die Sensation geschafft: Nun besetzen wir zwei der sechs Schwyzer Sitze in Bundesbern. Ich fühlte mich während des ganzen Wahlkampfs stark von der Parteibasis getragen – und diese Ausstrahlung hat sich nach aussen übertragen. Ein tolles Gefühl!

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Als Präsident des kantonalen Gewerbeverbandes und damit Mitglied der Gewerbekammer stehen bei mir natürlich die Interessen der Gewerbetreibenden und Gewerbetreibenden zuoberst auf der Traktandenliste. Als langjähriger Finanzpolitiker im Kantonsparlament sind mir aber auch Steuerthemen und die Attraktivität des Werkplatzes Schweiz ein Anliegen. Dazu gehören auch die Themen der Infrastruktur und Verkehrsanbindungen.

Worauf freuen Sie sich?

Nach zwölf Jahren im Schwyzer Kantonsparlament freut es mich unglaublich, in Bern ein neues Kapitel aufzuschlagen zu dürfen. Ich bin stolz, dass ich als Carrosseriemeister die Stimme der Gewerbetreibenden sein, als Innerschwyzer die Bergregionen vertreten und als Liberaler für unsere Überzeugungen eintreten darf. Ich erachte es als Privileg, dem ich mit Demut begegne – denn jetzt beginnt die wirkliche Arbeit, die Bewährungsprobe.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Auf der einen Seite muss ich meinen Carrosseriebetrieb mit acht Angestellten anders organisieren, was ich mit meinen Mitarbeitenden bereits abgesprochen habe. Auf der anderen Seite habe ich mit Petra Gössi wohl die versierteste Person, mit der ich mich schon seit dem Wahlsonntag regelmässig über die bevorstehenden Herausforderungen austausche. Die Vorfreude ist sehr gross und ich hoffe, dass sie noch lange anhält.



Simon Michel, Nationalrat SO

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Wir waren im Team von Anfang an gut aufgestellt, haben die vergangenen Wahlen analysiert und unsere Strategie und Ziele festgelegt. Unsere Partei braucht wieder mehr Unternehmer und Praktiker, um in der Bevölkerung glaubwürdig zu sein. Also haben wir uns darauf fokussiert. Im Kanton Solothurn kam erschwerend dazu, dass wir uns auf zwei geografische Listen aufgeteilt haben. Im Nachhinein müssen wir eingestehen, dass das ein Fehler war. Auch bei uns hat die FDP Wähleranteile verloren. Die zusätzlich erhoffte Mobilisierung durch zwei Listen vermochte den nationalen Trend nicht zu bremsen. Die Stimmung und die Zusammenarbeit in der Partei waren aber von Anfang an gut. Ich war beeindruckt ab dem Wahlkampf von Daniel Probst, Markus Spielmann und Martin Rufer. Sie gehören nach Bern. Sie können das.

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Während ich im Kanton auf Finanzen und Sport fokussiere, werde ich mich auf nationaler Ebene verstärkt mit ausserpolitischen und wirtschaftsrelevanten Fragestellungen auseinandersetzen wollen. Die Kommissionen für die 52. Legislatur sind aber in der Fraktion noch nicht abschliessend geteilt.

Worauf freuen Sie sich?

Auf die vielen Begegnungen und die Möglichkeit, mein Netzwerk und Wissen für unsere liberalen Werte einzubringen. Zudem muss es uns als Partei gelingen, den Rückgang zu stoppen und wieder Wähleranteile zu gewinnen. Auch dafür werde ich mich einsetzen. Ich will einen Beitrag leisten, dass Freisinnige, die wir an SVP und GLP verloren haben, zurück nach Hause kommen. Dafür müssen wir einfacher und pointierter werden. Wir müssen auf Themen fokussieren, die für unsere Bevölkerung wirklich relevant sind. Der Kanton Bern zum Beispiel hat viermal mehr Sitze im Nationalrat als Solothurn, aber auch bloss einen FDP-Vertreter. Das kann nicht sein.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Bei Ypsomed bin ich gut aufgestellt. Wir haben starke Teams mit viel Eigenverantwortung und Kompetenz. Politisch stelle ich aktuell meinen Stab zusammen: Planung, Logistik, Inhalte, Kommunikation. Leider werde ich einige meiner aktuellen Mandate abgeben müssen. Das bedaure ich, ist aber normal.



Bettina Balmer, Nationalrätin ZH

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Es war intensiv, aber auch positiv. Unterstützung zu spüren, gibt viel Energie. Es war toll, wie viele Leute mir geholfen und mich beim Wahlkampf unterstützt haben. Weniger schön war der bürokratische Aufwand, den die neuen Transparenzvorschriften verursacht haben.

Wofür wollen Sie sich im Nationalrat einsetzen?

Als Ärztin liegt mir natürlich die Gesundheitspolitik nahe. Dadurch wurde ich politisiert und will mich deshalb auch einbringen. Zudem freue ich mich darauf, die Individualbesteuerung im politischen Prozess zu begleiten, da mir diese am Herzen liegt. Ich interessiere mich aber auch für Innovationsthemen und den Werkplatz Schweiz.

Worauf freuen Sie sich?

Ich freue mich auf den Parlamentsbetrieb, neue Leute und Bekanntschaften. Einen kleinen Teil zur Schweiz beizutragen, wird sicher spannend, wobei ich auch Respekt vor dieser Aufgabe habe.

Wie bereiten Sie sich auf Ihr Amt vor?

Ich lese alle Unterlagen und spreche mit bisherigen Parlamentariern. Dazu kommt Organisatorisches. Ich suche eine Assistenz und muss meinen Dienstplan im Spital anpassen.



Mit schnellem Finger zu schnellem Internet

Erfolgreiche FDP-Parlamentarier

Die Initiative «CHANCE5G» hat das Onlinespiel «5G. The Game» lanciert. Auf spielerische Art und Weise soll damit die Bevölkerung für das Thema und die Wichtigkeit einer leistungsfähigen, flächendeckenden sowie nachhaltigen Mobilfunkinfrastruktur sensibilisiert werden.

Im Onlinespiel «5G. The Game» geht es darum, die Nachfrage nach Mobilfunkverbindungen zufriedenzustellen. Personen erscheinen auf dem Spielfeld und wollen sich mit einem mobilen Netz verbinden. Allerdings hält sich ihre Geduld bezüglich Netzqualität in Grenzen. Es gilt darum, zu verhindern, dass fehlende und schlechte Verbindungen Zufriedenheitspunkte kosten. Antennen sollen zudem clever platziert und fortlaufend auf die modernste Mobilfunkgeneration aktualisiert werden. Je stabiler Spielerinnen und Spieler das Netz halten, umso höher steigt die Punktezahl. Ärgern sich zu viele Personen über fehlende Verbindungen, führt das zum Ende des Spiels. «Wie im richtigen Leben, ärgern sich auch im «5G. The Game» Personen über schlechte Verbindungen», sagt Ständerat Hans Wicki.

5G auf spielerische Art entdecken

Warum dieses Spiel? Wir nutzen stetig mehr mobile Daten. Die heutigen Mobilfunknetze stossen daher an ihre Grenzen und müssen ausgebaut werden. Dies erfolgt sinnvollerweise mit der neusten Tech-

nologie. 5G ist die Weiterentwicklung des heutigen Mobilfunkstandards 4G und ermöglicht, dass unsere Mobilfunknetze die steigenden Anforderungen auch in Zukunft zuverlässig erfüllen können. Dafür setzt sich die Initiative «CHANCE5G» ein, und das will dieses Spiel auf eine einfache und eingängige Art und Weise aufzeigen.

Wer schlägt die FDP-Parlamentarier?

Im Zuge der Lancierung des Spiels haben verschiedene Botschafterinnen und Botschafter von «CHANCE5G» das Spiel ausprobiert – so auch FDP-Parlamentarier. Besonders erfolgreich waren dabei der Zürcher Nationalrat Andri Silberschmidt sowie Ständerat Andrea Caroni aus Appenzell-Ausserrhoden. Sie halten zurzeit den Rekord mit 118 bzw. 112 Punkten. Die beiden sind sich einig: «Das Game ist einfach zu spielen, macht aber grossen Spass. Zudem vermittelt es einen wertvollen Eindruck zum Thema. Diese Mischung ist gut gelungen und wir sind gespannt, wer alles unseren Punkterekord übertreffen wird.



QR-Code scannen und selbst auf Punktejagd gehen.



Punktstand der FDP-Parlamentarier

Andri Silberschmidt:	118
Andrea Caroni:	112
Marcel Dobler:	77
Christian Wasserfallen:	45
Josef Dittli:	31
Hans Wicki:	18

Die Duelle der FDP-Parlamentarier lassen sich hier nachschauen:



Adieu Bundeshaus

Rückblicke und Erinnerungen

Neun abtretende Fraktionsmitglieder erinnern sich an prägende Momente und Erfolge während ihrer Amtszeit und blicken mit etwas Wehmut auf die Arbeit im Parlament zurück.



**Christian Lüscher,
ehemaliger Nationalrat, Genf**

«Ich weiss noch, wie ich als neuer Nationalrat das erste Mal mit dem Zug nach Bern fuhr, zusammen mit dem ebenfalls frisch gewählten Hugues Hiltbold. Wir kamen aus dem Bahnhof und schauten uns an. Niemand von uns wusste, wo sich das Bundeshaus befindet.»



**Kurt Fluri, ehemaliger
Nationalrat, Solothurn**

«Als Vertreter und Unterstützer des Rechtsstaates war es ein Erfolg und eine Freude, dass wir die Masseneinwanderungsinitiative rechtsstaatlich umsetzen konnten. Dies gelang uns, ohne das Freizügigkeitsabkommen der Bilateralen zu verletzen.»



**Christa Markwaller,
ehemalige Nationalrätin, Bern**

«Ein Highlight war, als wir mit der Band Fraktionszwang zum Legislativende in der Galerie des Alpes im Bundeshaus gespielt haben. Die Stimmung war so gut, dass alle getanzt und parteiübergreifend gefeiert haben. Meine Kolleginnen und Kollegen im Bundeshaus werde ich daher sicher vermissen und pflege die Kontakte deshalb sicher auch weiterhin.»



**Jacques Bourgeois,
ehemaliger Nationalrat, Freiburg**

«Die Bundesratswahlen waren jeweils besondere Momente in meiner 16-jährigen Amtszeit. Eine Bundesratswahl ist ein Höhepunkt unserer Demokratie. Es gibt Wahlgang um Wahlgang, die Stimmung ist aussergewöhnlich, und irgendwann weiss jemand, dass er oder sie in den Bundesrat gewählt wurde. Das waren jeweils erinnerungswürdige Momente.»



**Doris Fiala,
ehemalige Nationalrätin, Zürich**

«Es war mir jeweils eine besonders grosse Freude, wenn wir etwas überparteilich erreicht hatten, beispielsweise die parlamentarische Gruppe Patientenverfügung oder die parlamentarische Gruppe Cyber: alles, was grosse Anliegen aufnimmt und gemeinsam umgesetzt wird. Deshalb werde ich auch viele Kolleginnen und Kollegen im Parlament vermissen.»



**Thomas Hefti,
ehemaliger Ständerat, Glarus**

«Als Ständeratspräsident war ich auf einer Delegationsreise in London. Meine Frau sagte mir: «Wenn du nicht weisst, was sagen, sag einfach: God save the Queen!» Wir waren im House of Lords in einem Restaurant, und es gab einen Toast, den ich erwidern musste. Der Anfang gelang mir recht gut und auch die folgenden paar Sätze. Dann wusste ich nicht mehr weiter und sagte: «God save the Queen!» Alle standen auf, hoben ihr Glas, und der Gastgeber sagte: «God save the Bundesrat!»»



Olivier François,
ehemaliger Ständerat, Waadt

«Die Sitzungen, in denen man wichtige Entscheidungen fällt, werden mir sicher fehlen. Aber es ist auch gut, aufzuhören und neuen Leuten das Steuer zu übergeben. Für mich ist wichtig, dass unser Handeln fortgesetzt wird, schliesslich ist niemand unsterblich. Ich werde das Amt vermissen, aber die Leere wird kurz sein.»



Rocco Cattaneo,
ehemaliger Nationalrat, Tessin

«Meine Vereidigung im Parlament war sehr emotional. Wenn man den Eid ablegt, die Hand und die drei Finger zum Schwur erhebt, ist das unvergesslich.»



Ruedi Noser,
ehemaliger Ständerat, Zürich

«Persönliche Erfolge sind in einer Demokratie eine schwierige Definition, weil Erfolg immer auf einer Mehrheit basiert und viele daran beteiligt sind. Bei mir würde ich aber den Innovationspark Dübendorf nennen, der zustande kam, ausserdem die Hilfen für die Wirtschaft während der Covid-pandemie, die sehr wichtig waren.»



Verwaltung digitalisieren – Bürokratie bekämpfen

Die Schweiz hat Nachholbedarf

Schlanke digitale Prozesse sind in der öffentlichen Verwaltung Mangelware. Nationalrätin Regine Sauter zeigt in ihrem Beitrag auf, wo noch besonders viel Potenzial brachliegt.

Die Schweiz steht im europäischen Vergleich in Bezug auf die Digitalisierung der Verwaltung nicht gut da. Gemäss dem eGovernment Benchmark 2022 liegt sie hinter Polen gerade mal auf Platz 28 von 35. In der öffentlichen Verwaltung werden Prozesse immer noch häufig «traditionell» abgewickelt. Online-Anwendungen, die Behördengänge für alle effizienter machen würden, sind nur rudimentär vorhanden. Das ist störend, denn durch den Abbau bürokratischer Hürden und die Digitalisierung der Verwaltung könnten effiziente Prozesse gefördert und knappe Ressourcen sinnvoll eingesetzt werden.

Auch das Schweizer Gesundheitswesen ist in Bezug auf die Digitalisierung noch nicht ganz im 21. Jahrhundert angekommen. Gerade hier wäre aber das Potenzial gross. Im Spital kann die Digitalisierung dazu beitragen, medizinische Fachpersonen von administrativen Arbeiten zu entlasten. Heute geht zu viel Zeit für Bürokratie verloren. Mit einer sinnvollen digitalen Unterstützung könnten Pflegenden und Ärztinnen und Ärzte wieder mehr Zeit bei den Patientinnen und Patienten verbringen. Die längst fällige flächendeckende Einführung des elektronischen Patientendossiers (EPD) und die damit verbundene vollständige Verfügbarkeit von Daten bei Behandlung könnten Doppelspurigkeit verhindern und die Behandlungsqualität verbessern. Damit würde das EPD einen wichtigen Beitrag zur Dämpfung der Gesundheitskosten leisten. Gleichzeitig könnte eine bessere anonymisierte

Verfügbarkeit von Daten einen wichtigen Beitrag für die Forschung leisten und damit den Innovationsstandort Schweiz stärken.

Erfolgreiche Motion

Das Ziel der Digitalisierung ist klar, die Umsetzung muss nun Realität werden. Neben der Verbreitung des EPD braucht es weitere Massnahmen, die Medienbrüche verhindern, wie zum Beispiel die flächendeckende Einführung des elektronischen Rezepts. Bisher kennt die Schweiz weder eine gesetzliche Verpflichtung noch Anreize für den Gebrauch von E-Rezepten. Dies ändert sich bald: Ende Mai hat nach dem Nationalrat auch der Ständerat meiner Motion «Einführung eines E-Rezepts» zugestimmt. Darin habe ich gefordert, dass Rezepte grundsätzlich digital ausgestellt werden.

Das digitale Rezept weist verschiedene Vorteile auf. Mit hohen Anforderungen an Datensicherheit und Authentifikation der Leistungserbringer und Patientinnen und Patienten können Rezeptfälschungen und nicht erlaubte Mehrfacheinlösungen ausgeschlossen werden. Die erleichterte Lesbarkeit vermindert zudem das Risiko von Fehlmedikationen.

Von einem effizienten digitalen Gesundheitssystem profitieren am Ende alle: die Patientinnen und Patienten, das Gesundheitspersonal und nicht zuletzt auch die ganze Wirtschaft.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

Die Renteninitiative sichert die Renten kommender Generationen. Foto: iStock/Ljupcco.



Renteninitiative sichert die AHV

Eine nachhaltige Lösung für kommende Generationen

Der AHV drohen in den nächsten Jahren grosse Finanzierungslücken. Obwohl die Probleme bekannt sind, verweigert sich die Mehrheit des Parlaments einer nachhaltigen Lösung. Deshalb braucht es am 3. März 2024 ein Ja zur Renteninitiative. Andernfalls drohen tiefrote Zahlen und Schulden zulasten kommender Generationen.

In den vergangenen 50 Jahren hat sich die Altersstruktur der Schweiz stark verändert. Seit 1970 ist die Wohnbevölkerung um 40 Prozent gewachsen, die Zahl der über 65-Jährigen ist im gleichen Zeitraum um 129 Prozent gestiegen, insgesamt leben über 1,6 Mio. Menschen in der Schweiz, die das Rentenalter erreicht haben. Im Jahr 2050 werden es bereits 2,7 Mio. sein. Diese gewaltige demografische Veränderung wirkt sich direkt auf die Altersvorsorge aus. Für die Finanzierung einer einzigen AHV-Rente stehen immer weniger Erwerbstätige zur Verfügung. Bei der Einführung der AHV im Jahr 1948 kamen auf eine Rentnerin 6,5 Erwerbstätige, heute sind es noch 3 und im Jahr 2050 nur noch 2.

Jetzt handeln!

Dass dieses Missverhältnis mittelfristig zu Problemen führt, dürfte jedem klar sein, der nicht den Kopf in den Sand steckt. Dank der Minireform AHV 21 ist das wichtigste Sozialwerk der Schweiz nämlich noch schuldenfrei – noch. Doch die Aussichten sind besorgniserregend. Aufgrund eingangs beschriebener Entwicklungen steigen die Ausgaben der AHV in den nächsten Jahren und Jahrzehnten stark an, während die Einnahmen nicht mithalten können. In der Folge verschlechtert sich das Umla-

geergebnis der AHV massiv, sprich: Sie gibt mehr aus, als sie einnimmt. Das Positive an dieser Ausgangslage ist, dass die Probleme nicht urplötzlich aus dem Nichts auftauchen, sondern mit jahrelanger Vorlaufzeit bekannt sind und dementsprechend angegangen werden können. Negativ ist, dass ein Grossteil der Parteien die Augen vor diesen Realitäten verschliesst und nichts dagegen unternimmt.

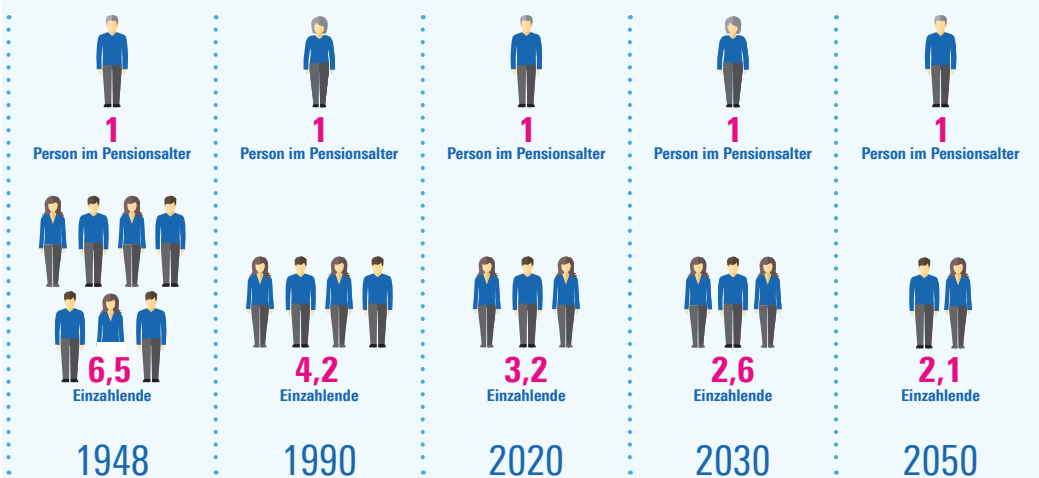
Ganz nach dem Prinzip Hoffnung oder nach dem Credo «nach mir die Sintflut». Beide Haltungen zeugen nicht von einer verantwortungsvollen Politik.

AHV mit Zukunft

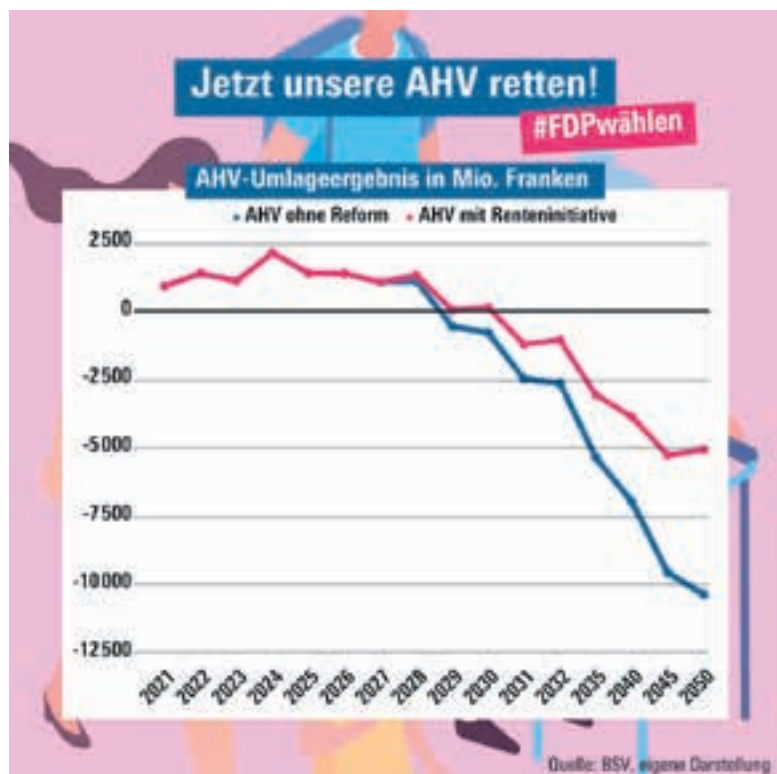
Wer die AHV nachhaltig finanzieren will, damit auch heutige Erwerbstätige dereinst eine AHV-Rente erhalten, kann an vier Stellschrauben drehen: Rentenalter erhöhen, Renten kürzen, AHV-Beiträge erhöhen oder mehr Steuergelder in die AHV stecken. Nachdem mit der Reform AHV 21 das Rentenalter der Frauen angeglichen sowie die Mehrwertsteuer erhöht wurde, braucht es neue Ansätze. Hier kommt die Renteninitiative ins Spiel. Da die

Das Verhältnis der Einzahlenden und der Pensionierten verschlechtert sich.

Hier die Übersicht, wie viele Einzahlende eine Person im Pensionsalter bezahlen:



Quelle: Bundesamt für Statistik, AHV21 Übersicht, eigene Darstellung



Parlamentsmehrheit bisher nicht willens war, die AHV nachhaltig zu sichern, haben Jungfreisinnige und FDP eine Initiative eingereicht, um die Forderung nach sicheren Renten für kommende Generationen aufs politische Tapet zu bringen. Nun kommt die Renteninitiative am 3. März 2024 an die Urne, und die Bevölkerung kann Ja sagen zu einem Modell, das die AHV auf eine zukunftsfähige Basis stellt.

Entpolitisierung ist notwendig

Ziel der Renteninitiative ist es, eine nachhaltige Lösung für die Altersvorsorge zu finden. Die Renteninitiative sichert die AHV langfristig, indem das Rentenalter in einem ersten Schritt bis 2032 auf 66 erhöht und anschliessend mit der Lebenserwartung verknüpft wird. So wird das Rentenalter entpolitiert, und die Renten bleiben auch in Zukunft gesichert. Dies gelingt in zwei Schritten: Zuerst erfolgt eine Erhöhung des Rentenalters von Männern und Frauen auf 66 Jahre bis ins Jahr 2032. Die genaue Umsetzung ist dem Bundesrat überlassen. In einem zweiten Schritt wird das Rentenalter mit der durchschnittlichen Lebenserwartung der Schweizer Bevölkerung verknüpft. Steigt die Lebenserwartung an, erhöht sich auch das Rentenalter. Das Rentenalter erhöht sich aber nicht parallel zur Lebenserwartung, sondern mit dem Faktor 0,8. Das heisst, wenn sich die Lebenserwartung bis im Jahr 2050 um zwei Jahre erhöht, steigt das Rentenalter lediglich um 19 Monate. Die Anpassungen erfolgen jährlich in Schritten von höchstens zwei Monaten, und Betroffene werden fünf Jahre vor Erreichen, des Rentenalters informiert. Das Anliegen ist moderat,



besonders im europäischen Kontext. Deutschland, Frankreich, Italien, England und weitere Staaten haben das Rentenalter 67 längst beschlossen und dieses teilweise ebenfalls mit der Lebenserwartung verknüpft.

Mit der Renteninitiative schaffen wir Fairness für künftige Generationen, und der Generationenvertrag zwischen Jung und Alt bleibt gewahrt. Dank der Entpolitisierung entziehen wir die Siche-

rung der AHV dem Primat der Politik, die bisher nicht imstande ist, diese gewaltige Herausforderung anzunehmen. Die FDP gibt einer konstruktiven Lösung gegenüber ignoranter Ideologie immer den Vorrang. Deshalb kämpfen wir gemeinsam für ein Ja zur Renteninitiative. Für eine starke AHV – heute und auch in Zukunft!

Marco Wölfli

Für die Maschinenindustrie ist ein ungehinderter Marktzugang besonders wichtig. Foto: Swissem



Zugang zu internationalen Märkten ausbauen

Für Wohlstand und einen starken Wirtschaftsstandort

«Mit Blick auf den europäischen Markt ist der ungehinderte Marktzugang für Schweizer Unternehmen eine wichtige Chance.»

In einer globalisierten Welt ist der freie Zugang zu internationalen Märkten für Schweizer Unternehmen von entscheidender Bedeutung. Er verbessert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Exportindustrie nachhaltig. Der Zugang zu diesen Märkten ist indes mit Herausforderungen verbunden – sowohl international wie auch in Europa.

Die Schweiz verfügt derzeit weltweit über mehr als 30 Freihandelsabkommen, welche vorab durch Zollabbau Handelshemmnisse ausräumen. Darunter befinden sich wichtige Märkte wie die EU, China, Grossbritannien, Indonesien und Kanada. Weitere wichtige Märkte konnten hingegen noch nicht durch Freihandelsabkommen erschlossen werden, da die Verhandlungen noch zu keinem positiven Ergebnis geführt haben. Beispiele sind die USA, Indien und die Mercosur-Staaten. Die Option, mit diesen Staaten weiter zu verhandeln, muss gewahrt werden.

Herausforderungen im europäischen Umfeld

Mit Blick auf den europäischen Markt ist der ungehinderte Marktzugang für Schweizer Unternehmen eine wichtige Chance. Die EU ist die grösste Handelspartnerin der Schweiz. Dieser Marktzugang ist für Schweizer Unternehmen trotz bestehender bilateraler Verträge bisweilen mit Einschränkungen verbunden. Die Rechtsordnungen der Schweiz und der EU sind unterschiedlich und die Schweiz ist aus Sicht der Union ein Drittstaat. Aufgrund bürokratischer Hürden erleiden Schweizer Unternehmen, welche ihre Produkte oder

Dienstleistungen in die EU exportieren möchten, Nachteile. Beispiele aus der Praxis finden sich bei der Zulassung von Medizinalprodukten oder der Abwicklung der europäischen Mehrwertsteuer, wo Unternehmungen mit Ansässigkeit in der Union gegenüber jenen ohne Niederlassung bessergestellt sind. Dies kann insbesondere Schweizer Start-ups oder KMU treffen.

Ein weiteres Hindernis ist der wachsende Protektionismus in der EU. Die EU schützt eigene Standards dadurch, dass sie Unternehmen aus Drittstaaten zur Einhaltung eigener Regelungen verpflichtet – unabhängig davon, ob das Unternehmen dort ansässig ist. So sieht beispielsweise die jüngst in Kraft getretene «EU-Verordnung über Subventionen aus Drittstaaten» mit Bezug auf Unternehmenszusammenschlüsse und das öffentliche Vergaberecht neue Melde- und Genehmigungspflichten für bestimmte Unternehmen aus Nicht-EU-Staaten vor. Im schlimmsten Fall drohen der Ausschluss des Unternehmens aus dem öffentlichen Vergabeprozess oder die Rückabwicklung des Unternehmenszusammenschlusses.

Weitere Gesetzesprojekte mit ähnlicher Wirkung sind bereits angedacht: Die EU denkt bei-

spielsweise über neue Sorgfalts- und Registrierungs-pflichten für Steuer- und Rechtsberater aus Nicht-EU-Staaten nach, sofern diese grenzüberschreitend beraten.

Herausforderungen erfordern liberale Lösungen

Diese Nachteile lassen sich nur zum Teil unilateral durch Angleichung von Regelungen und Standards beheben. Deshalb ist es zentral, dass die Beziehung mit der EU mittel- und langfristig auf gesunden Beinen steht. Es ist wichtig, dass die EU und die Schweiz ihre bilaterale Zusammenarbeit weiterhin stärken und den Dialog über Handelsfragen aufrechterhalten. Die Schweizer Rechtsordnung soll dabei von der EU möglichst als äquivalent angesehen werden.

Eine liberale Wirtschafts- und Handelspolitik kann schliesslich dazu beitragen, den internationalen Marktzugang für Schweizer Unternehmen zu erleichtern und das Potenzial der wirtschaftlichen Zusammenarbeit voll auszuschöpfen.

Petra Gössi, Ständerätin SZ

Planlos mehr Steuergeld ins bereits teure Gesundheitssystem zu pumpen, ist keine sinnvolle Lösung. Foto: Montage FDP



Highway to hell

Sozialdemokratische Weihnachten im November

Nationalrat Philippe Nantermod zeigt auf, wie die SP jedes Problem mit höheren Steuern lösen möchte. Im Gesundheitswesen wären die Auswüchse dieser Politik besonders fatal.

Die Sozialdemokraten sind fantastisch. Für jedes Problem, jede Herausforderung und jede Sorge haben sie die passende Lösung: Steuern. Das sage übrigens nicht ich, sondern SP-Co-Präsident Cédric Wermuth in einem Tweet, der diese Haltung klar zum Ausdruck brachte.



Da Wermuths Lösung überall gilt, serviert uns die SP das gleiche Rezept auch bei den Krankenkassenprämien. Wenn es darum geht, den Bürgern in die Taschen zu greifen, beweisen die Sozialdemokraten unerwarteten Einfallsreichtum.

Mehr Steuern = höhere Gesundheitskosten

Es ist ein Kinderspiel. Wir multiplizieren die direkte Bundessteuer mit 342 Prozent. Wie dumm von uns, dass wir nicht schon früher darauf gekommen sind. Natürlich werden SP-Wähler, die keine Steuern zahlen und das in ihrem Leben auch nicht mehr vorhaben, überhaupt keine Kran-

kenkassenprämien mehr zahlen müssen. Für die Mehrheit werden die Prämien zudem sinken. Es ist pure Magie.

Es ist November und schon Weihnachten. Mit dem SP-Vorschlag werden die Gesundheitskosten um 5 Milliarden Franken erhöht. Wir wissen zwar nicht, wofür die 5 Milliarden Franken ausgegeben werden, aber es ist eine tolle Sache. Das kann man nicht erfinden: Die Sozialdemokraten glauben, dass die Lösung gegen steigende Gesundheitskosten steigende Gesundheitskosten sind.

Steuerhölle Schweiz

Wie gelingt der ganze Zauber? Natürlich durch die monströse Steuerprogression. Die hohen Einkommensklassen, die der SP ohnehin ein Dorn im Auge sind, werden gnadenlos bestraft. Mit dem Vorschlag der SP, damit wir keine Krankenkassenprämien mehr zahlen müssen, wird der durchschnittliche Einkommensteuersatz in der Schweiz für die Reichsten 70 Prozent erreichen. Frankreich mit seinem Höchstsatz von 45 Prozent erscheint daneben als Steuerparadies. Die Schweiz dagegen befände sich auf einem Höllenritt.



Philippe Nantermod, Nationalrat VS

Angesichts des nahenden Legislaturbeginns wird die SP uns vielleicht die proletarische Revolution vorschlagen. Ob es darin noch Platz für Spitzenverdiener hat, ist unklar. Aber das ist eine andere Debatte. Im Zuge der grossen Umverteilung kann man das Programm immer noch durch einige Zwangsmassnahmen ergänzen, um die Mutigsten davon abzuhalten, nach Wohlstand zu streben.

Philippe Nantermod, Nationalrat VS

Die Kolumne erschien zuerst bei blick.ch Romandie



FDP-Lösungen für ein hochstehendes und bezahlbares Gesundheitssystem.

Neugewählte Parlamentarier nehmen im Dezember erstmals im Bundeshaus Platz. Foto: Parlamentsdienste



Neuwahlen, neue Sitze und die Nacht der langen Messer

Vorschau auf die Wintersession

Bereits im Dezember müssen die Parlamentarier heikle Entscheide fällen und das Budget beraten. Doch es gibt auch angenehme Überraschungen.

Alles neu macht der Dezember. Zumindest im Parlament beginnt Ende des Jahres die neue Legislaturperiode. Das bedeutet viel Gestikulieren, Feiern und Taktieren. Allein die neue Sitzordnung im National- und Ständeratssaal ist ein Politikum. Die grossen Parteien sitzen hinten, die weniger grossen vorne. Dasselbe gilt im Kleinen für die Parlamentarier, wo traditionell die Schwergewichte in den hinteren Reihen Platz nehmen (fast wie in der Schule).

Generell sind die Wahlen zu den höchsten Ämtern eine ausgemachte Sache. So steht bereits im Voraus fest, dass Viola Amherd Bundespräsidentin wird, Eva Herzog den Ständerat präsidiert und mit Eric Nussbaumer ein Baselbieter höchster Schweizer wird. Das wird natürlich gefeiert: Mit zwei Ausflügen inklusive Extrazug reisen die Präsidentinnen und der Präsident in ihre Heimat, denn die beiden Basel planen ein gemeinsames Fest.

Mehr Spannung versprechen die Ersatzwahlen in den Bundesrat, wo es um die Neubesetzung des

Sitzes von Alain Berset und um die Wahl des Nachfolgers von Bundeskanzler Walter Thurnherr geht. Wer das Rennen machen wird, wissen wir erst am 13. Dezember. Vorher wird spekuliert und an der «Nacht der langen Messer» in der Bellevue werden vermeintliche Absprachen getroffen. Wie immer bei Bundesratswahlen gilt: Gewählt ist nur, wer das absolute Mehr erreicht, also mehr als die Hälfte aller Stimmen erhält. Das erkennt man auch an der Sprache des Nationalratspräsidenten, der das Ergebnis verkündet. Spricht er von «Stimmen haben erhalten», geht es in einen weiteren Wahlgang.

CO₂-Gesetz und Budgetberatung

In der Session wird aber auch Politik gemacht. Das CO₂-Gesetz geht in den Nationalrat. Damit werden die Weichen für die künftige Klimapolitik der Schweiz gestellt. Mit Anreizen statt Verboten soll die Bevölkerung zum Klimaschutz motiviert werden. So will es das Volk, das im Juni das Klima-

schutzgesetz (KIG) an der Urne angenommen hat. Dieses stellt die Weichen auf dem Weg zum Netto-Null-Ziel. Konkrete Vorgaben zur Zielerreichung macht das KIG aber nicht. Diese müssen in separaten Gesetzen geregelt werden, in einem ersten Schritt nun mit dem CO₂-Gesetz.

Gleichzeitig wird traditionell in der Wintersession das Budget beraten. Eine nicht ganz einfache Aufgabe, denn um die Schuldenbremse einzuhalten und künftige Generationen nicht zu belasten, muss verhindert werden, dass die Politiker das Geld mit beiden Händen ausgeben. Dass dies nicht geschieht, dafür sorgt auch Bundesrätin Karin Keller-Sutter, die einen ausgewogenen Vorschlag präsentiert. Die Parlamentarier wären gut beraten, ihr zu folgen. Wohin eine hohe Verschuldung führt, kann man derzeit in vielen EU-Ländern beobachten, die trotz Milliardenschulden nicht aus ihren hausgemachten Problemen herauskommen.

Christian Steiner, Fraktionssekretär

KOLUMNE

Schlankere Regulierung, weniger staatliche Wettbewerbsverzerrung

Die Freiheit wirtschaftlicher Entfaltung zu verteidigen, ist eine Daueraufgabe. Zwei Beispiele von der Front:

Übermässige Bürokratie belästigt und behindert Menschen in ihrer freien Lebens- und Unternehmensführung. Bevor das Parlament neue Gesetze beschliesst, muss es sich daher über die bürokratischen Kosten im Klaren sein. Leider werden die entsprechenden Einschätzungen von der Verwaltung selbst gemacht – der Regulator beurteilt also sein eigenes Werk. Die FDP fordert daher seit langem und mit Nachdruck eine unabhängige Regulierungsfolgeabschätzung (RFA). Die Räte nahmen unsere Fraktionsmotion hierzu zwar an, doch der Bundesrat verweigerte die Umsetzung. Daher bringen wir es direkt in die laufende Gesetzgebung zur Unternehmensentlastung ein, als Nächstes ist der Nationalrat gefordert.



Ebenso ärgerlich ist es für private Unternehmen, wenn Staatsbetriebe sich immer stärker auf an sich privaten Märkten ausdehnen. Mit ihren längeren Spiessen (Steuerfreiheit, Staatsgarantien, Teilmonopole, Quersubventionen) sorgen sie dort für unfairen Wettbewerb zulasten unserer KMU.

Dazu habe ich eine Motion eingereicht, die in beiden Räten erfolgreich überwiesen wurde. Der Ball liegt nun beim Bundesrat für einen Gesetzesentwurf, der unsere Unternehmen vor solch unfairem Wettbewerb durch Staatsunternehmen schützt.

Mit diesen und unzähligen weiteren Vorstössen kämpft die FDP für gute Rahmenbedingungen, die es den Menschen in unserem Land erlauben, durch freies Wirtschaften Wohlstand für alle zu erzeugen.

Andrea Caroni
Parteivizepräsident und Ständerat AR

Delegiertenversammlungen 2024

Jetzt vormerken:

Samstag, 20. Januar 2024, Zug

Samstag, 22. Juni 2024, Aargau

Samstag, 19. Oktober 2024, Tessin

**Wir machen
die Schweiz stark!**



Ihr altes Handy enthält wertvolle Rohstoffe.

Bringen Sie es zurück und schonen Sie damit die Umwelt.

In Schweizer Schubladen liegen rund 8 Millionen ungenutzte Handys herum. Schenken Sie Geräten ein zweites Leben – verkaufen Sie Ihr altes Handy oder spenden Sie es für einen guten Zweck.

Mehr Informationen finden Sie unter [swisscom.ch/kreislauf](https://www.swisscom.ch/kreislauf)

Gemeinsam bereit.